

Herausgeber: Dr. Udo Bullmann (V.i.S.d.P.)

www.spd-europa.de



Bernhard RAPKAY

"Quantensprung für Transparenz"

15.04.2014

Europaparlament beschließt Regeln zur Unternehmensverantwortung

Firmen in der Europäischen Union müssen ihre sozialen und ökologischen Versäumnisse und Anstrengungen künftig transparenter machen. Das Europäische Parlament hat am Dienstag mit einer großen Mehrheit die Richtlinie zur Offenlegung nicht-finanzieller Informationen verabschiedet.

Die Regelungen verpflichtet Unternehmen von öffentlichem Interesse, wie beispielsweise börsennotierte Unternehmen, Angaben zu ihren Anstrengungen im Bereich der sozialen und ökologischen Unternehmensverantwortung zu machen. Künftig müssen diese Betriebe in ihrem Lagebericht Informationen über Umwelt-, Sozial-, und Arbeitnehmerbelange, Menschenrechte und Korruptionsbekämpfung offenlegen. Bisher wurden diese Angaben lediglich auf freiwilliger Basis gemacht. Nur etwa zehn Prozent der großen Unternehmen in der EU kamen dieser Aufforderung nach.

Bernhard RAPKAY, stellvertretender Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament und Mitglied im federführenden Rechtsausschuss, zeigt sich im Grundsatz zufrieden mit der verabschiedeten Richtlinie: "In Anbetracht der Tatsache, dass es vorher keine diesbezüglichen verpflichtenden Vorgaben gab, ist dies ein Quantensprung hinzu mehr Transparenz bei der Unternehmensverantwortung."

"Allerdings hätte das Parlament weitgehendere Verpflichtungen für Konzerne befürwortet - insbesondere wir Sozialdemokraten. So hatten wir uns dafür eingesetzt, dass alle Unternehmen von den Bestimmungen erfasst werden, mit Ausnahme von kleinen und mittelständischen. Darüber hinaus wollten wir die längst überfällige Verpflichtung zu länderspezifischer Berichterstattung einführen. Sie ist ein wichtiges Instrument im Kampf gegen Steueroasen, da Unternehmen so verpflichtet wären, offenzulegen, in welchen Ländern sie wie viele Steuern zahlen. Leider haben die Mitgliedstaaten im Rat wieder einmal den großen Wurf verhindert. Auch die Bundesregierung hat sich hier nicht mit Ruhm bekleckert."

"Die heute angenommene Richtlinie ist ein Schritt in die richtige Richtung. Denn hier geht es nicht um sinnlose Bürokratie, wie von manchen angeführt, sondern um mehr Transparenz und um die Verantwortung von Unternehmen für Mensch und Umwelt." so **Bernhard RAPKAY** abschließend.

*Weitere Informationen: Büro Rapkay +32 2 28 47593 und Jan Rößmann +32 473 864 513
(Pressesprecher)*

Europäisches Parlament
S&D-Fraktion, Pressestelle der SPD-Gruppe
facebook.com/SPDfuerEuropa, twitter.com/SPDEuropa
www.spd-europa.de
Rue Wiertz 12G138, B- 1047 Brüssel, Tel.: +32 2 28 41779 und /43665